

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile  
ist Calw.



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 248

Samstag, 23. Oktober, 1926.

101. Jahrgang

# Die deutsch-franz. Auseinandersetzung.

## Die Unterredung Hoesch-Briand.

In Paris, 23. Okt. Von zuständiger Seite wird soeben folgendes Communiqué verbreitet: Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte gestern mittag eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. Die Unterredung bedeutete die erste Zühlungnahme des Botschafters mit dem französischen Außenminister nach seiner Rückkehr. Es wurden dabei in großen Zügen die durch die Unterredung von Thoiry aufgeworfenen Probleme berührt. Herr Briand reiste gestern nachmittag für 3 bis 4 Tage aufs Land. Nach seiner Rückkehr, d. h. in der zweiten Hälfte der nächsten Woche, soll eine erneute Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand stattfinden.

Herr von Hoesch bei Berthelot.

In Paris, 23. Okt. Der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, hatte sich schon Donnerstag abd. zum Quai d'Orsay begeben, wo er in Abwesenheit Briands eine Unterredung mit Philipp Berthelot hatte, die eine Stunde dauerte.

Die französische Presse ergeht sich in ausführlichen Erörterungen über diese Unterredung, die aber kaum auf irgendwelchen tatsächlichen Unterlagen beruhen. Im „Matin“ meint Sauerwein, es sei fraglich, ob Herr von Hoesch von der deutschen Regierung mit Anregungen versehen worden sei, die die französische Regierung befriedigen könnten. Die Finanzoperationen, die ins Auge gefasst wurden, seien als zweifelhaft erkannt worden und hätten selbst in Deutschland Gegner gefunden. An dem guten Willen Stresemanns und seiner Kollegen sei nicht zu zweifeln, wohl aber an dem der deutschen Bankiers und der Industriellen, die von amerikanischen Krediten lebten. Es frage sich, ob eine andere Basis gefunden werden könne. Die deutsche Öffentlichkeit zeige sich bei dem Gedanken beunruhigt, die europäischen Probleme in enger Zusammenarbeit mit Frankreich zu behandeln. Man erkläre in Berlin, man habe bereits in Locarno genügend auf sich genommen, indem man sich verpflichtete, jeden Streitfall mit Polen vor ein Schiedsgericht zu bringen. Es sei festsam, daß die politische Regierung sich nicht weniger beunruhigt zeige und fürchte, in eine Falle gelockt zu werden. Da der Annäherung der Mächte eine solche Aufgabe zuteil werde, sei das Problem noch nicht reif und müsse für später aufgehoben werden. — Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“, die wichtigste Frage sei gegenwärtig, ob sich der Anschluß Oesterreichs an Deutschland durch friedliche

Verträge herbeiführen lasse. Die deutsche Presse weise bereits darauf hin, daß die Nfgrenzen des Reiches nicht als unabänderlich betrachtet werden dürften und daß Deutschland über seine volle politische Handlungsfreiheit zu einer Aenderung verfüge. Frankreich müsse Zusahgarantien zu den sieben Verträgen von Locarno verlangen. Es scheine, daß die österreichische Frage vor allem anderen über den Versuch einer deutsch-französischen Annäherung entscheidend werde.

In offiziellen französischen Kreisen legt man Wert darauf, zu erklären, daß zwischen der Unterredung von Hoesch-Berthelot und der v. Hoesch-Briand keine unmittelbare Beziehung bestehe. Außerdem sei die Begegnung zwischen Hoesch und Briand improvisiert worden und habe ganz kurze Zeit gedauert. In der Unterredung sei nur in ganz allgemeiner Form die Annäherungsfrage behandelt worden. Die Frage der Rückkehr des Kaisers sei nicht berührt worden. Besonderen Wert legt man darauf, zu betonen, daß bei den beiden Unterredungen der ausdrückliche Wille der deutschen Regierung, zum Ziele zu gelangen, festgestellt worden sei. Die Schwierigkeiten in der Saarfrage und der Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen bestche weiter. Das sei auch von deutscher Seite zugegeben worden und werde nunmehr in Paris und in Berlin nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden und man erwarte eben für diesen Zweck präzise deutsche Vorschläge.

## Keine neue Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz.

In Berlin, 23. Okt. Die „D.A.Z.“ meldet: Das von der Faprasagentur veröffentlichte Communiqué über den Inhalt einer neuen Note, die nach Beschluß der letzten Botschafterkonferenz der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage übergeben werden soll, ist wie die „D.A.Z.“ von unterrichteter Seite erfährt, soweit der tatsächliche Inhalt der Note wiedergegeben wurde, falsch. Eine Note der Botschafterkonferenz ist außerdem der deutschen Regierung nicht übermittelt worden. Die Ausstellungen, die die Botschafterkonferenz in der Abrüstungsfrage noch machen zu müssen glaubt, werden mündlich dem deutschen Botschafter in Paris übermittle werden.

# Die Verkehrspolitik der Reichsregierung.

## Eine Rede des Reichsverkehrsministers.

In Berlin, 23. Okt. Reichsverkehrsminister Dr. Krohne sprach im Reichstagsklub der Deutschen Volkspartei über die verschiedenen Probleme der Verkehrspolitik und gab gleichzeitig in knappen Zügen einen Ueberblick über die Lage der einzelnen Verkehrszweige.

Bei Beurteilung der Eisenbahn müsse man im Auge behalten, daß diese das Hauptprojekt für die Reparationserfüllungen sei. Es werde sich erst 1928 zeigen, ob es der Reichsbahn möglich sei, sowohl die Interessen der Wirtschaft zu wahren, wie auch die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Redner entwickelte dann das Verhältnis der Reichsbahn zur Reichsregierung unter dem Reichsbahngesetz und betonte, daß sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium angebahnt habe. Auf die Tarifpolitik der Reichsbahn eingehend, legte er dar, daß die Reichsbahn durchaus berechtigt sei, die Herabsetzung der Gütertarife abzulehnen, solange sie noch keine Uebersicht habe, wie sich unter den Davesgesetzen die Verhältnisse gestalten werden. Man habe einen gewissen Ausweg durch Schaffung von Ausnahmestartifen gefunden. Hingzuweisen sei auf die Konkurrenz durch Autos und Flugzeuge, auf die Notwendigkeit von weiteren Bahnbauten und die Verbesserung des Oberbaues. Die Zahl der Unfälle sei seit dem Jahre 1921 dauernd im Sinken.

Auf die Wasserstraßen eingehend, legte Dr. Krohne die Gründe dar, die innerhalb des Erwerbslosenproblems zu dem beabsichtigten Ausbau der Kanäle geführt hätten. Als unbedingt wichtig sieht er folgende Bauten an: das Staubecken an der Ober, die Fertigstellung des Mittelkanals, die Kanalisierung der Weser, die in erster Linie im Interesse der Rastindustrie liege. Auf diese Projekte habe er sich bisher beschränkt gehabt. Neuerdings hinzugekommen seien der Plan des Hanjakanal von der Ruhr nach Hamburg im Interesse der Ruhrkohle, der Kanal im Aachener Gebiet zur Verbindung mit dem Rhein und ein Kanal im Saargebiet. Ob diese Bauten unbedingt notwendig seien oder nicht, hänge davon ab, ob die Reichsbahn in der Lage sei, die Bedingungen, die an vermehrte Transporte geknüpft würden,

Der Minister kam dann auf die Luftfahrt zu sprechen und erklärte, daß die Hemmnungen, die durch den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum entstanden seien, sich in gewisser Beziehung günstig ausgewirkt hätten. Durch die Beteiligung an der Luftkassa beabsichtigte die Regierung keineswegs eine Sozialisierung der Luftfahrt. Das Reich sei mit 33 Prozent beteiligt, die Herrschaft müsse das Privatkapital auf diesem Gebiete behalten. Er erwähnte dann noch, daß zum Zwecke der Schaffung einer Linie Berlin—Marseille—Barcelona eine deutsch-spanische Gesellschaft gegründet sei, an der Deutschland mit 49 Prozent beteiligt sei. Hierdurch werde der Weg nach Südamerika frei und Deutschland beherrschende den Markt in Spanien, das selbst keine Fluggesellschaft habe. Der Erkundigungsfahrt nach China werde im nächsten Sommer ein regelmäßiger Verkehrsflug nach China folgen.

Auf den Kraftfahrzeugverkehr übergehend, forderte der Minister von der Industrie größere Verbilligung und planmäßige Förderung des öffentlichen Autoverkehrs sowie Klärung der Straßenbaufrage, wobei es noch zweifelhaft sei, ob sich eigene Autostraßen für Deutschland eignen.

Zum Schluß erwähnte Dr. Krohne die Seeschifffahrt und stellte die Forderung auf, das Reich müsse sich nun an dem Wiederaufbau der Flotte durch Subventionen, jedoch ohne irgend welche Einmischung der privaten Betätigung, beteiligen.

## Die Konferenz der Finanzminister.

Zur Aussprache der Finanzminister der Länder. In Berlin, 23. Okt. Zu der Aussprache der Finanzminister der Länder über den Finanzausgleich, die am 2. November in Berlin stattfindet, erfahren die Morgenblätter, daß es zweifelhaft erscheine, ob ein definitiver Finanzausgleich schon zum April nächsten Jahres herbeizuführen sein werde. Wahrscheinlich werde das alte Gesetz um ein Jahr verlängert werden. Wie verlautet, soll den Ländern und Gemeinden keine freie Hand in Bezug auf die Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben werden. Man denke u. a. an eine gewisse Relation zwischen den Zuschlägen der Einkommensteuer und den Zuschlägen zu den

## Tages-Spiegel.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte gestern mit dem französischen Außenminister Briand eine Unterredung über die Probleme der Thoiry-Politik.

Die Botschafterkonferenz hat entgegen der Meldung von Havas nicht die Absicht, eine neue Entwaffnungsnote an Deutschland zu richten.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne sprach über die Probleme deutscher Verkehrspolitik.

Der Verband britischer Industrieller hat den Reichsverband der deutschen Industrie nunmehr zu offiziellen Besprechungen nach London eingeladen.

Nach dreiwöchiger Regierungskrise ist gestern die neue Regierung des Freistaates Danzig gebildet worden.

Der letzten Wirbelsturmkatastrophe auf Kuba fielen 800 Personen zum Opfer. Die Zahl der Verwundeten ist auf 7000 gestiegen.

ren Zuschläge eine gewisse Grenze überschreiten, die Pflicht aufzuerlegen, das Existenzminimum neuerlich zu erfassen.

## Um die Thoiry-Politik.

Tagung der demokratischen Fraktionen. In Berlin, 23. Okt. Die demokratische Reichstagsfraktion trat gestern im Reichstag zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der demokratischen Fraktionen der Länder zusammen. Die Reichsminister Dr. Kütz und Dr. Reinhold nahmen an den Verhandlungen teil. Dem in Amerika weilenden Parteivorsitzenden Koch wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt. Der zweite Vorsitzende Erlenz stellte mit Befriedigung fest, daß die politischen Verhältnisse sich konsolidiert hätten. Der Hauptzweck der gegenwärtigen Tagung sei der, die schwierigen Fragen, die der Wintertermin werbe, gemeinsam mit den Fraktionen der Länder zu erörtern.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den Fragen der auswärtigen Politik. Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff berichtete über die Genfer Vorgänge. Er hob hervor, wie ungeheuer wichtig der Bölkerbund in der auswärtigen Politik geworden sei. Der Bölkerbund sei durch den Eintritt Deutschlands etwas völlig neues geworden. Aus dem Bündnis der Siegerstaaten sei eine Vereinigung geworden, die auf Universalität hinarbeite und die die Absicht habe, alle Fragen der Welt vor ihr Forum zu ziehen. Thoiry sei das größte Ereignis seit dem Waffenstillstand. Man habe in Genf den Eindruck gewonnen, daß Briand mit seiner Politik stehe und falle. Auch Poincare sei ein anderer geworden. Früher habe er seine Kriegspolitik weitergeführt, heute sei er Ministerpräsident geworden mit der einzigen Absicht, den Franken zu stabilisieren und die französischen Wirtschaftsverhältnisse in Ordnung zu bringen. Die Stabilisierung der französischen Währung sei aber ausgeschlossen, wenn nicht Frieden und Vertrauen in Europa herrsche. Der Redner behandelte dann die Abrüstungsfrage. Gänge es nicht, zur Abrüstung zu kommen, so werde der Bölkerbund so viel an Prestige verlieren, daß es fraglich sei, ob er aufrecht zu erhalten wäre.

In der anschließenden Aussprache skizzierte Reichsminister Dr. Kütz die Linienführung, die sich nach Genf und Thoiry für die Reichsregierung ergebe. Der Erfolg von Genf und Thoiry sei einerseits ein moralischer Erfolg, andererseits der Beginn von Unübersehbar. Als moralischer Erfolg sei hervorzuheben, daß die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg durch die Aufnahme Deutschlands in den Bölkerbund als Problem der politischen Psychologie endgültig erledigt sei. Mit aller Energie müsse man sich gegen die Behauptung wenden, es sei ein Fehler unserer Politik gewesen, ohne ausdrückliche formelle Zurücknahme der Kriegsschuldfrage in den Bölkerbund gegangen zu sein. Wie von Versailles nach Genf, so werde auch der Weg von Thoiry bis zum endgültigen Erbpunkt lang und dornenvoll sein.

## Die französische Schuldenpolitik.

Weitere Hinausschiebung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die französische Kammer.

In Paris, 23. Okt. Innenminister Sarraut erklärte gestern beim Verlassen des Ministerrates über die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens, von den Journalisten befragt, daß er es bezweifle, daß eine derartige Distussion in der Kammer vor dem kommenden Januar in Angriff genommen werden könne. Diese Ansicht wurde auch von den anderen Ministern bestätigt. Poincare schiebt also die Regelung des heiklen Problems der Schuldenfrage weiterhin hinaus, nachdem er festgestellt mußte, daß eine Ratifizierung ohne Sicherheits- und Transferklausel ohne Gefährdung seiner Regierung kaum möglich sein dürfte. Der Waffenstillstand innerhalb der Regierung und in den parlamentarischen Gruppen wird demzufolge für die Dauer der Budgetjahre als ziemlich gesichert betrachtet.

## Kleine politische Nachrichten.

**Beschlüsse des Reichsrats.** Der Reichsrat hielt unter Vorsitz des Ministers Kätz eine Vollsitzung ab, in der ein Zusatzabkommen zum deutsch-litauischen Handelsvertrag zur Regelung des kleinen Grenzverkehrs und eine Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, die eine Reihe von Härten beseitigen will, genehmigt wurde. Unter den eingegangenen Vorlagen befand sich auch das neue Strafbuch, das erst in dem Ausschuss des Reichsrates zur Beratung gelangen wird.

**Das heftigste Volksbegehren geknüpft.** Im heft. Landtag wurde nach Beendigung der Debatte über das Volksbegehren auf Aufhebung des heftigen Landtags der Antrag des Ausschusses auf Anerkennung der Gesehmäßigkeit des Volksbegehrens einstimmig angenommen. Die Regierung muß in Kürze den Tag der Volksabstimmung bekannt geben.

**Deutschland und die internationale Handelskammer.** Die deutschen Vertreter auf der Tagung des Verwaltungsrates der internationalen Handelskammer, Präsident von Mendelssohn, Kommerzrat Hagen, Konsul Rosenberger und Reichsminister a. D. Hamann sprachen sich über die Arbeiten in dieser Richtung Deutschlands zu dieser Organisation befriedigend aus. Seit der einjährigen Mitgliedschaft Deutschlands seien bereits Erfolge zu verzeichnen.

**Eine Mussolini-Stresemann-Begegnung?** Wie die Morningpost wissen will, hat Mussolini die Absicht, zur Dezerembertagung des Völkerbundes nach Genf zu kommen, um mit Dr. Stresemann zusammenzutreffen und mit ihm die Zukunft der deutsch-italienischen Beziehungen zu besprechen.

**Geschäftsübergabe an das neue Kabinett Seipel.** Im Bundeskanzleramt fand durch Kanzler Ramel die Übergabe der Geschäfte des Ministeriums Ramel an das neue Kabinett Seipel statt. Der scheidende Bundeskanzler Ramel erklärte in seiner Ansprache, daß das Verhältnis zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich stets ein gutes gewesen sei, und es sei stets seine Sorge gewesen, diese Freundschaft zu festigen.

**Poincares Finanzpläne vor dem Parlament.** Poincare erklärte dem Generalberichterstatter der Finanzkommission der Kammer, er hoffe, daß die Kommission ihre Arbeiten so rechtzeitig vollende, daß das Parlament zum 4. November zusammenberufen werden könne. In Kammer und Senat mühten dann die Beratungen des Budgets beschleunigt werden, weil infolge der Senatswahlen die Sitzung am 20. Dezember geschlossen werde. Poincare fügte hinzu, daß sich das Parlament nach seinem Wiederzusammentritt mit einem Gesetzentwurf befassen müsse, der sich auf die Stabilisierung des Franken beziehe und dessen sofortige Annahme nötig sei.

**Zusammentritt des deutsch-französischen Verständigungskomitees in Paris.** Am heutigen Samstag findet in Paris die erste Zusammenkunft des deutsch-französischen Verständigungskomitees statt. Das Verständigungskomitee wurde, wie erinnerlich, Ende des Sommers 1926 von einer größeren Anzahl namhafter deutscher und französischer Persönlichkeiten gegründet mit dem ausgesprochenen Zweck, auf wirtschaftlichem, politischem und ideellem Gebiet eine deutsch-französische Verständigung einzuleiten und zu fördern.

**Geneute Annäherung Rumäniens an Frankreich?** Bratiannu, der Führer der liberalen Partei Rumäniens, wird eine Reise nach Paris antreten, um den ungünstigen Eindruck zu beseitigen, der durch den Abschluß des rumänisch-italienischen Vertrages entstanden ist. Bratiannu wird bei der französischen Regierung die Erklärung abgeben, daß die französischen Interessen auf dem Balkan und in Rumänien durch das italienisch-rumänische Abkommen nicht berührt würden.

**Die Zahl der Arbeitslosen in England.** Die Zahl der Arbeitslosen Großbritanniens betrug am 11. Oktober 1936 300, das sind 38 400 weniger als in der Vorwoche, aber 277 475 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Zahl sind die durch den Bergarbeiterstreik arbeitslos gewordenen nicht enthalten.

**Die belgische Stabilisierungsanleihe.** Wie aus Brüssel berichtet wird, soll die belgische Stabilisierungsanleihe in London von den Firmen Baring, Brothers Rothschild und Sonseib, der Firma Henry Schroeder u. Co. ausgegeben werden. Sie soll 16 Millionen Pfund betragen, wovon die Hälfte in New York und die andere Hälfte in London zur Ausgabe gelangen soll.

**Die Lage in China.** Marschall Sun Chuang Feng hat, wie aus Schanghai berichtet wird, Kaching, 50 Meilen südwestlich von Schanghai, zurückerobert. Der Handstreich des Marschalls kam überraschend, da die Kianghutruppen keinen Befehl zum Vordringen erhalten hatten.

**Verhaftung des Oberkommissars von Mozambique.** Wie Reuters aus Lissabon meldet, ist der Oberkommissar von Mozambique Álvaro Castro, dessen Rücktritt angekündigt worden war, verhaftet und nach dem Militärhospital in Oporto gebracht worden.

## Das Echo des Wirtschaftsmanifestes.

**Amerika und das Wirtschaftsmanifest Mellons.** In New York, 22. Okt. Mellon läßt heute nochmals in einer amtlichen Erklärung feststellen, daß er nicht das geringste von dem Manifest gewußt habe. Er sei mit Morgan zusammen in Europa gewesen und habe dort zwar ausführliche Finanzgespräche gehabt, jedoch dabei nichts von dem Manifest gehört. Coolidge und Mellon, so heißt es in der Erklärung, erwarteten, daß die Verfasser des Manifestes nicht beabsichtigt haben, gegen die amerikanischen Bölle zu kämpfen.

**Italien gegen das Wirtschaftsmanifest.** Neue offizielle Auslassungen. In Rom, 22. Okt. Die italienische Presse beschäftigt sich noch immer eingehend mit dem Wirtschaftsmanifest und lehnt die dort niedergelegten Grundzüge nach wie vor scharf ab. Jetzt hat auch Mussolini in die Debatte eingegriffen, jedoch nicht in offizieller Form, sondern in einem Artikel des Popolo d'Italia, den man allgemein auf Mussolini zurückführt. In dem Artikel wird ausgeführt, daß das bekannte deutsche Programm für die Errichtung eines mitteleuropäischen Großstaates auffallend den Interessen der Italiener entgegenstehe.

In dem Personenzuge Oberhausen-Hamm wurde ein junges Mädchen tot aufgefunden. Das Mädchen hatte anscheinend Selbstmord verübt, da neben der Leiche ein Giftfläschchen gefunden worden ist. Die Persönlichkeit der Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

Die in dem Londoner Wirtschaftsmanifest aufgestellten Grundzüge seien gerade jetzt kurz vor der internationalen Wirtschaftskonferenz besonders unangebracht. Nur diese vom Völkerbund einberufene Konferenz könne die Fragen des europäischen Wiederaufbaues in ihrer Gesamtheit und unter Berücksichtigung der diplomatischen Beziehungen prüfen. Wenn die Großmanaz und die Banken Politik trieben, müsse man höchst mißtrauisch sein. Diese internationalen Institute beabsichtigen, die Entwicklungsmöglichkeiten aller Länder allgemein beherrschen zu wollen. Truft und Kartelle seien nur Formen einer Versicherung für die reichen Völker.

## Neue Phase im engl. Kohlenstreik?

In London, 22. Okt. In politischen Kreisen Londons ging gestern hartnäckig das Gerücht um, daß ein neuer Schritt in dem anscheinend endlosen Kohlenstreik unmittelbar bevorstehe. Als Anhaltspunkt für die Vermutung könnte nur die Tatsache, daß der Innenminister Johnson Hyde gestern nachmittag zum König berufen wurde, angeführt werden. Gestern fand in Verbindung mit der bevorstehenden Erneuerung der Ausnahmezustandsbedingungen ein Kronrat statt, an dem auch der Innenminister teilnahm. Das Parlament tritt am kommenden Montag wieder zusammen. Man erwartet, daß die Opposition angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten für die ärmeren Kreise Kohlen zu beschaffen, einen starken Druck auf die Regierung ausüben wird, um neue Schritte zu unternehmen, beide Parteien einzuberufen und ihnen einen Frieden aufzuzwingen.

## Englisch-türkischer Kaukasusvertrag

In Berlin, 23. Okt. Wie der Asien-Ost-Europa-Dienst aus Paris meldet, erstärken dortige diplomatische Kreise lebhaft englisch-türkische Verhandlungen, die vor mehreren Wochen in Konstantinopel noch von dem inzwischen nach Berlin versetzten englischen Volschaffter Lindhag begonnen worden sind und den Beitritt der Türkei zum Völkerbund zum Gegenstand haben. Gestrebt, die türkisch-russische Freundschaft zu geschlagen, hat England Kemal Pascha nicht mehr und nicht weniger als den Kaukasus, die Vormachtstellung auf dem Schwarzen Meer und eine größere Anleihe zu günstigen Bedingungen angeboten. Angora ist auf die Verhandlungsbasis eingegangen und hat den Beitritt zum Völkerbund unter der Bedingung versprochen, daß es einen ständigen Ratssitz erhält. Seinen Einspruch begründete Kemal Pascha mit der Notwendigkeit, den Einfluß der Türkei in der Reihe der Großmächte besonders fest zu verankern, da diese sich Rußland zum Feinde machen würde, an das sie in der Völkerbundsfrage jetzt noch durch den Pariser Vertrag vom Dezember 1925 gebunden sei. Da ein neuer ständiger Ratssitz in diesem Jahre aber nicht mehr vergeben werden könnte und England große Vorbehalte in Bezug auf Aserbeidshan, das Nachbargebiet von Baku also, machte, versicherten die weiteren Verhandlungen. Der Vertrag ist jedoch schon paraphiert und England setzt nun alle Hebel in Bewegung, um die Türkei einzuschüchtern. Man erinnert dabei an die inzwischen widerlegten Meldungen über Feldzugspläne Pangalos gegen die Türkei und über einen angeblich antitürkischen Vertrag zwischen Griechenland und Italien, sowie an das künftige Steigen des englischen Pfundes in der Türkei. Wie verlautet, rechnet England mit dem Beitritt Angoras zum Völkerbund um so bestimmter, als die Skepsis Kemals gegen Moskau sich immer mehr verschärft und Kemal sich sogar mit einem seiner besten Freunde, dem türkischen Handelsvertreter in Moskau, entzweit hat, weil dieser die Türkei völlig an Moskau „verkauft“ habe. Die Forderung Rußlands, wenigstens in den nächsten 2 Jahren dem Völkerbund fernzubleiben, soll Kemal auf Englands Druck jedoch abgelehnt haben. Gewisse neuere Kurschwankungen zugunsten der türkischen Währung werden jetzt auch von Finanzleuten als Symptom eines neuen türkisch-englischen Übereinkommens angesehen.

## Die Anwitterkatastrophe auf Ruba.

In New York, 22. Okt. Die durch den Wirbelsturm auf Ruba angerichteten Verheerungen sind viel größer als man zunächst annahm. Bisher hat man in Havana 70 Tote und 2500 Verwundete feststellen können. Diese Zahlen werden sich aber noch wesentlich erhöhen, da unter den Trümmern der Häuser noch immer Tote und Verwundete liegen. Die Drahtverbindungen nach dem heimgesuchten Gebiete sind noch immer zerstört. An verschiedenen Stellen der Stadt brach infolge explodierender Tanks Großfeuer aus, das bisher noch nicht gelöscht werden konnte. Der Polizeipräsident hat den Befehl erteilt, daß alle Personen, die beim Plündern angetroffen würden, sofort zu erschießen seien. Die Polizei hat die größte Mühe, das herrenlose Eigentum zu bewahren. Bisher sind 20 Dampfer an die Küste geworfen worden. Zwei große Schiffe sind mit der ganzen Besatzung nahe der Küste untergegangen. Das Carriogebäude, in dem zahlreiche Ausländer leben, ist völlig zerstört worden.

## Aus aller Welt.

**12 Verletzte bei einem Eisenbahnunfall.** Einem von Weida kommenden Personenzug fuhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Wünschenborn eine Lokomotive in die Flanke. Die Lokomotive, der Packwagen und ein Personenwagen entgleisten und wurden leicht beschädigt. Bei dem Unfall wurden 10 Reisende und 2 Bahndienstleute leicht verletzt.

**Ein Erdbeben in Japan.** Wie aus Tokio berichtet wird, wurde die Provinz Nagoya von einem Erdbeben heimgesucht, das mehrere Stunden dauerte und das auch in Oasaka verspürt wurde. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist von der Bevölkerung niemand zu Schaden gekommen.

**Im Zug vergiftet.** In dem Personenzuge Oberhausen-Hamm wurde ein junges Mädchen tot aufgefunden. Das Mädchen hatte anscheinend Selbstmord verübt, da neben der Leiche ein Giftfläschchen gefunden worden ist. Die Persönlichkeit der Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

**Sieben Wohnhäuser abgebrannt.** In Dierenriede b. Mühlhausen Thür. entstand aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Großfeuer, das bei dem herrschenden Wind in kurzer Zeit ein ganzes Dorfviertel, nämlich 7 Wohnhäuser mit vielen Nebengebäuden einäscherte. Das Feuer war abends noch nicht gelöscht.

## Vom Landtag.

**Beantwortung Kleiner Anfragen.** Auf die Kleine Anfrage des Abg. Mergenthaler (Bölk.) wegen Ablehnung des vom Sparerbund gestellten Antrags auf Volksentscheid durch den Innenminister hat das Staatsministerium geantwortet, daß der Reichsrat dem von der Reichsregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Verhinderung eines Volksentscheides mit Zweidrittelmehrheit gegen die Stimme Württembergs zugestimmt hat, sodas die gewünschte Einwirkung auf die Reichsregierung keine Aussicht auf Erfolg hat. — Auf die Kleine Anfrage des Abg. Rath (DB.) über Benützung von Steinbrüchen auf Almänden durch die staatliche Straßenbauverwaltung hat das Ministerium des Innern geantwortet, daß nach Art. 33 der Wegordnung vom 23. Oktober 1908 eine Vergütung des Staates für die Materialentnahme nicht stattfindet. Diese Bestimmung gilt heute noch. Seit längerer Zeit hat aber die Staatsstraßenbauverwaltung die unentgeltliche Benützung der auf Almänden gelegenen Steinbrüche auf den Bedarf für die Straßenstreifen innerhalb derjenigen Markung beschränkt, auf welcher die betr. Steinbrüche sich befinden. Im Entwurf des Weggesetzes vom 21. Jan. 1914 ist der Verzicht auf die unentgeltliche Benützung vorgeesehen, das Ministerium trägt aber schon der Folgen wegen Bedenken, im jetzigen Zeitpunkt diese Frage einer gesonderten Regelung zuzuführen. — Auf die Kleine Anfrage des Abg. Böck (3.) betr. die Rechte der Altanleihebesitzer hat das Staatsministerium geantwortet, daß die beantragte Übung auf eine Anweisung des Reichskommissars für die Ablösung von Reichsanleihen alten Besizes zurückgeht, wonach die in neuerer Zeit (1925 und 1926) lediglich zum Zweck des Altbesitznachweises besonders ausgestellten Bescheinigungen der Geldanstalten regelmäßig nur als ergänzende Beweismittel in Betracht kommen sollen und wonach diese Bescheinigungen, soweit sie als einziges Beweismittel vorgelegt werden, besonders sorgfältig zu prüfen seien und unter gewissen Voraussetzungen auf der Beibringung von Originalbelegen zu bestehen sei. Aus dieser anscheinend durch die bisherigen Erfahrungen veranlaßten Erinnerung scheinen einzelne Altbesitzstellen etwas zu weit gehende Folgerungen gezogen zu haben, weshalb der Reichskommissar neuerdings Anlaß genommen hat, einer zu weitgehenden Auslegung und engherzigen Anwendung seiner Anweisung ausdrücklich entgegenzutreten. Es wird daher angenommen werden dürfen, daß wirkliche Härten bei der weiten Durchführung dieser Anweisung künftig vermieden bleiben. Das Reichsfinanzministerium hat sich überdies zum Gegenstand der Kleinen Anfrage u. a. dahin geäußert, daß der Gehalte, den Nachweis des Altbesitzes etwa zu vereiteln, um die Belastung des Reichs aus dem Anleiheabstättungsgesetz zu vermindern, allen Beteiligten vollständig fern liegt und daß auch künftig sorgsam darüber gewacht werden wird, daß eine Beeinträchtigung der Rechte der Altanleihebesitzer in keiner Weise eintritt.

## Trustbildungen und Landwirtschaft.

**Schiele und Kalckreuth zur Wirtschaftslage.** In Halle a. d. S., 23. Okt. Auf der Tagung des Landbundes der Provinz Sachsen nahmen Reichsminister a. D. Schiele und der Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, eingehend Stellung zur gegenwärtigen Wirtschaftslage und zum Wirtschaftsmanifest. Minister a. D. Schiele führte in seinem Referat über die wirtschaftspolitische Lage und die deutsche Landwirtschaft u. a. aus, daß die deutsche Politik sich gegenwärtig zu stark nach außen hin richte. Die Zusammenhänge zwischen der Politik von Thoiry, dem Dawesabkommen, dem Transfersystem und damit auch unserer Währung seien zu ernster Natur, als daß sie nicht eine allergrößtmögliche Prüfung verlangten. Die unter allen Umständen zu erstrebende Gesamtlösung der Reparationsfrage dürfe nicht durch eine lediglich den Interessen Frankreichs dienende Teillösung gefährdet werden. Die an Deutschland gegebenen Auslandskredite erwarteten fälschlich den Anschein, als ob durch ihre Hilfe das Transfersystem durchführbar wäre. Tatsächlich gehe aber durch sie eine immer stärkere Ueberfremdung unserer Industrie vor sich. Wir entfernen uns also immer mehr von dem Ziel aufbauender nationaler Wirtschaftspolitik. Eine Nachprüfung der Arbeitslosenziffern ergebe eine Höhe von ungefähr 4 Millionen Arbeitskräften, die brach lägen. Die amtliche Statistik überschätze dies. Wie Mussolini sein Volk zur Unterbindung der übermäßigen Weizenausfuhr auffordere, so mühten wir uns, unser Volk zu einem großen Feldzug der Arbeit führen. Voraussetzung für diesen Feldzug sei die Sicherung der Rentabilität der Landwirtschaft, wo die größten Arbeitsmöglichkeiten in der Subventionierung derselben lägen. Deutschland müsse ein dem eigenen nationalen Machtbereich eingegliedertes Agrar- und Industrierstaat werden und sich allen Versuchen entgegenstellen, die es entgegen seinen eigenen Interessen für den Weltmarkt ausnutzen wollten.

Darauf nahm Graf Kalckreuth zu dem Wirtschaftsmanifest Stellung. Er erklärte, daß die Landwirtschaft volles Verständnis dafür habe, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht angegriffen würden. Wenn die Industrie einer internationalen Vertretung zustrebe und auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Vollfreiheit ihre Arbeiter billiger zu ernähren hoffe, so befinde sie sich auf einem Irrwege, weil dies nur zur Vernichtung des landwirtschaftlichen Besitzes führe. Für den deutschen Konsumenten würde also nichts erreicht werden, weil dieser nur von der vertrusteten internationalen Ernährungsproduktion abhängen würde. Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft im Wege der Investierung komme für den Wiederaufbau der Landwirtschaft in Frage. Dies sei jedoch nicht als Wunsch nach bevorzugter Behandlung aufzufassen, sondern dadurch bedingt, daß die Landwirtschaft ihre nationale Aufgabe zu erfüllen wünsche, nämlich die Ernährung des deutschen Volkes auf eigenem Boden zu gewährleisten.

**Kapitänleutnant Ehrhardt  
kommt nach Calw.**  
Am Sonntag, den 24. Oktober, findet  
in Calw

im „Babischen Hof“, nachmittags 1 Uhr, eine  
**große Bauern-Versammlung**  
statt, bei welcher der in ganz Deutschland bekannte und  
berühmte Führer der ehemaligen Brigade Ehrhardt sprechen  
wird über:

„**Vaterländische Jungbauernpolitik**“  
Zu diesem bedeutsamen Vortrag laden wir die ganze  
Bauernschaft des Bezirks, alt und jung, herzlich ein.

Nach dem Vortrag spricht Herr **H. Körner jg.** über:

„**Die Arbeit im Jungbauernbund**“.  
Die Jungbauernortsgruppe Heilbronn führt ihre  
schönen alten Volkstänze auf.  
Jungbauern, Jungbäuerinnen, erscheint alle!

**Der Bezirks-Vorsitzende:  
Hanjelmann, Liebelsberg**

Stärke-, Leib- und Haushaltungswäsche

**Gardinen**

besorgt gewissenhaft zu unübertroffen  
billigen Preisen

**Waschanstalt Keger u. Dennig**

Fernspr. 237 Hirsau Fernspr. 237  
(Bleiche)

nur gewaschen, glatte Stücke gemangt

**Pfd. 25 Pfg.**

Abholung und Zustellung kostenlos.

**Bad Liebenzell**

**Freiwillige Versteigerung.**

Verkaufe wegen Wegzug am **Dienstag, 26. Okt.**  
von **vormittags 9 Uhr** ab gegen Barzahlung:

**5 vollständige Betten, 5 Schränke, 2  
Kommoden, 3 Tische, Stühle, 2 Sofa,  
Küchengerät, Kleider, Weißzeug, Spie-  
gel, 3 Waschtücher.**

Kaufliebhaber sind eingeladen.

**Adolf Hahn, beim Hirsch.**



**Kaiser's Brust-Caramellen  
mit den „3 Tannen“**

für Ihre Kinder und Sie! Dieses seit 35 Jahren be-  
währte Hustenmittel, köstlich schmeckend, darf über die  
Winterzeit bei Ihnen nicht fehlen! Dann werden Sie **ver-  
schont** sein vor **Husten, Heiserkeit, Katarrh, Ver-  
schleimung.** Paket 40 Pfg., Dose 90 Pfg. Zu haben in  
**Apotheken u. Drogerien u. wo Plakate sichtbar**

**Kapitalsuchende.**

Möbelarlehen, Betriebskapital, Baugeld, Teilhaber-  
schaften, Hypotheken, Beamtenkredit und Sonstiges. Keine  
Vermittlung, vorzuschüsslos. Büro: Pforzheim, Luisen-  
straße 30 part. Sprechzeit von 9-12 und 2-5 Uhr.



In nassen Jahren  
bleiben Knochen- u. andere  
Krankheiten nie aus. Ver-  
gen Sie vor durch regel-  
mäßige Beigabe des echten  
gewürzten Futter = Kalkes  
**W. Brodmann's „Zwerg-  
Marke“** oder des ungew.  
„**Patentnähfalschalkes**“  
Prospekte kostenfrei. — Nur  
echt in Orig.-Pack. — Nie  
loste! Da Fälschungen im  
Handel, achte man beim Einkauf genau auf Schutz-  
marke und Firma des alleinigen Fabrikanten  
**W. Brodmann Chem. Fabr. m. b. H. Leipzig-Centr.**

Zu haben:  
In Calw bei: D. E. Ristowski, Ritter-Drogerie;  
Otto Jung, Kolonialwaren u. Landesprodukte.  
In Liebenzell in der Drogerie Himperich.  
In Neuweiler bei: J. G. Rall, Gemischt-  
waren; Johs. Wahr, Witwe, Handlung.

**Nicht der  
billige Schirm  
ist gut  
sondern**

**auf die Dauer ist nur der  
gute Schirm  
billig**

**Johanna Eberhard, Schirmgeschäft  
Calw, Untere Marktstraße**



Formenschönheit  
Gediegenheit  
Preiswürdigkeit

sind die Merkmale der

**Treszger  
Möbel**

Direkt aus der Fabrik  
— ohne Zwischenhandel —  
erhältlich

Pforzheim, Schloßberg 19

**Nähmaschinen**

Fahrräder / Reparaturen  
aller Systeme

**Chr. Widmaier**  
mechanische Werkstätte  
Bischoffstr. 458

Auf Wunsch Teilzahlung!

**WASCHMASCHINEN  
WRINGMASCHINEN**  
nur erstkl. Fabrik. empfiehlt

Fr. Herzog, beim Rößle, Calw,  
Ausführung v. Reparaturen.

**Sunghühner**  
beste Keger liefert  
**Geflügelhof in  
Wergentheim P29**  
Preisliste frei. Wieder-  
käufer an all. Orten gesucht.



Rötenbach.

Eine 37 Wochen trüchtige,  
starke

**Ralbin**

verkauft  
Martin Kugele, alt.

**Puppen-**

**wagen**

in großer Auswahl und  
schöner Farbenpracht sind  
eingetroffen. Bei Bedarf  
bittet

**Jetzt schon**

um Ihren Besuch  
D. Weiser, Kroneng. 109

ia.

**Carbolineum**

und

**Dachpappe**

empfiehlt

**E. Kirchherr**

Zimmermeister.

**Stopf-**

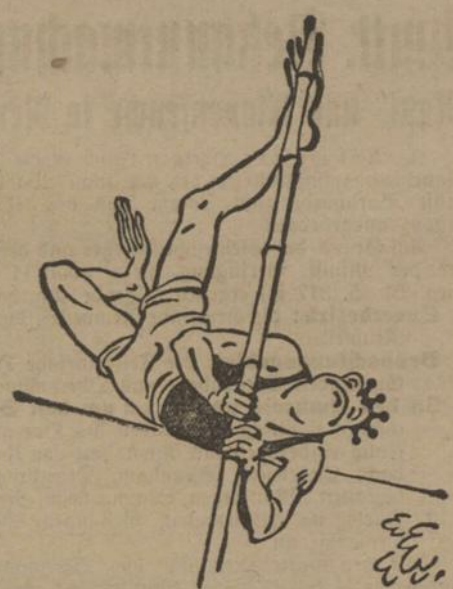
**Apparat**

für Strümpfe u. Weißzeug,  
per Stück M. 1.—

**Maschinen-Stopfgarn**  
in allen Farben von 15 J an  
Friedrich Herzog.

**Nähmaschinen**

(Piaff, Gritzner, Phoenix) un-  
übertroffene Qualitätsarbeit.  
Große Auswahl. Bequeme  
Ratenzahlungen. Empfiehlt  
Fr. Herzog, Calw, Ausführg.



Rekord im Sport ist heute in Blüte

**Erdal**

hält den Rekord an Güte.

Anfang nächsten Monats  
beginnt in der



**Brauerei Dreiß  
ein Tanz-  
Unterricht.**

Anmeldungen nimmt entgegen

**J. Proß, Tanzlehrer, Lederstr. 175.**

**Elektro-Ziegler Calw**

Fernsprecher 211

Ausführung elektr. Licht-, Kraft- und  
Schwachstromanlagen jeden Umfangs  
Beleuchtungskörper usw.

Konzessioniert:

Stadt, Elektrizitätswerk Calw  
Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach  
Verlangen Sie unverbindlichen Kostenvoranschlag

**Ständiges Inserieren  
bringt Erfolg!**



**Herbstmode Deutschen Hutes**

**Aparte Neuheiten  
in  
Hüten und Mützen**

Beste Fabrikate  
Größte Auswahl

**W. Schäberle**  
Hutmacher.



für  
**Wollwälsche.**  
Schon in kalter  
Lauge erzielen  
Sie den schön-  
sten Erfolg!

## Umtl. Bekanntmachungen. Maul- und Klauenseuche in Neuweiler.

In Neuweiler Oberamt Calw ist die Maul- und Klauenseuche im Gehöfte des Christian Wackenhut led., Ernst Burkhardt zum Lamm und des Waldmeisters Schanz ausgebrochen.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 — 192 der Minist. Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

- A. **Sperbezirk:** die Gemeinde Neuweiler, die Markung Neuweiler.  
 B. **Beobachtungsgebiet:** die Teilgemeinde Hoffstett, die Gemeinden Breitenberg und Oberkollwangen.  
 C. **In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort** werden sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw einbezogen mit Ausnahme von Unterreichenbach, Liebenzell, Monakam, Ottenbronn, Unterhaugstett, Mötlingen, Simmozheim, Neuhengstett, Ostelsheim, Althengstett, Gedingen, Dachtel und Deckenpfronn.

Für den Sperbezirk und das Beobachtungsgebiet werden die in § 185 ff. der Minist.-Verf. vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 293) vorgesehenen Spermaßnahmen, welche ortsüblich bekannt zu machen sind, angeordnet.

Im übrigen sind im Sperbezirk, Beobachtungsgebiet und im 15 km-Umkreis die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh sowie der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung eines solchen stattfindet, sowie die Veranstaltungen von Versteigerungen von Klauenvieh verboten.

Außerdem wird auf die Vorschrift ausreichender Erziehung von Milch aus Sammelmolkereien hingewiesen (§ 192 genannter Min.-Verf.). Verfehlungen gegen die seuchepolizeilichen Anordnungen des Oberamts werden aufs Strengste bestraft werden.

Calw, den 22. Oktober 1926.

Oberamt: Nagel, Amtmann.

## Patentierung v. Privatzüchtungsfien f. 1927.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft vom 14. Oktober 1926 im Staatsanzeiger für Württemberg vom 20. Oktober 1926 Nr. 245, betr. die Patentierung von Privatzüchtungsfien für 1927, werden die beteiligten Kreise hingewiesen. Der Staatsanzeiger liegt bei den (Stadt-)Schultheißenämtern zur allgemeinen Einsichtnahme auf.

Calw, den 21. Oktober 1926.

Oberamt: Amtmann Nagel.

## Calw. Anmeldungen auf Deckerfing

können am Montag, den 25. Oktober 1926 in unserem Geschäftszimmer aufgegeben werden.

Der Preis mit 50 Pf. für den Bund ist bei der Bestellung zu entrichten.

Den 22. Oktober 1926.

Stadtpflege.

## Gesucht werden:

- |   |   |
|---|---|
| <p>a. <b>Männliche Personen:</b><br/>1 14—15 jähr. landwirtsch. Arbeiter.<br/>b. <b>Weibliche Personen:</b><br/>Mägde für Landwirtschaft, mehrere Etismacherinnen, 1 20—25 jähriges Servierfräulein,<br/>1 Mädchen für Haushalt und Mithilfe im Büfett, 2 selbst. Köchinnen, ferner<br/>1 Etismacherlehrtmädchen.</p> | <p>c. <b>Lehrlinge</b><br/>mit Kost und Wohnung:<br/>1 Kaufmannslehrling.<br/>ohne Kost u. Wohnung:<br/>1 Fellenhauerlehrling,<br/>2 Goldschmiedlehrlinge,<br/>2 Metallschleiferlehrlinge,<br/>2 Silberschmiedlehrlinge,<br/>3 Fasserlehrlinge,<br/>1 Schreinerlehrling,<br/>2 Metallschleiferlehrlinge,<br/>1 Schneiderlehrling.</p> |
|---|---|

Näheres zu erfragen beim

## Öffentlichen Arbeitsnachweis Berufsberatungsstelle

Fernsprecher 174 Calw Bahnhofstr. 626

## Winger-Genossenschaft Lauffen a. Neckar.



Am Mittwoch, den 27. Oktober 1926, nachmittags 3 Uhr, werden

**200 Hektoliter 1926iger**  
und  
**90 Hektoliter 1925iger**  
erstklassigster Rotweine

zur Versteigerung gebracht.

Lokal: Oberamtsstraße Nr. 5.  
Kaufliebhaber werden eingeladen.

Den 21. Oktober 1926.

Der Vorstand.

# Firestone Reifen

der Kilometerzähler beweist  
Ihnen die Qualität des Reifens!

Wolfgang Göhrum, Stuttgart, Kriegsbergstrasse 26  
Telephon 278 25

Autozubehör

Zu beziehen durch sämtliche Reparaturwerkstätten und Vulkanisieranstalten

## Lichtspieltheater Badischer Hof

Nur heute Samstag Abend 8 Uhr  
und morgen Sonntag Abend 8 Uhr

# Fédora

(Frauenliebe, Frauenhaß)

nach dem gleichnamigen Roman von Viktorien Sardon  
in 6 Akten. In der Titelrolle: Lee Parry.

„B. Z.“ am Mittag schreibt: Fédora ist Lee Parry. Ihre stille Schönheit, die Diskretion ihres Spiels und die wohlthuende Beherrschtheit in der Rollengestaltung nehmen auch hier wieder sofort für sie ein. Das Publikum spendete starken Beifall. Im Beiprogramm:

## Monty, der Schwerenöter

Groteske in 2 Akten.

## Stadtgemeinde Calw.

Für das städtische Vierfamilienwohnhau in Kapellenberg sind die

## Gipferarbeiten zu vergeben.

Die Unterlagen können ab Samstag, den 23. Oktbr. auf dem **Stadtbauamt** eingesehen werden. Die Angebote müssen mit Aufschrift „Angebot für den städt. Wohnhausneubau“ verschlossen b. **Donnerstag, den 28. Okt., vormittags 11 Uhr** auf dem **Stadtbauamt** eingereicht sein, wofelbst die Unternehmer der Eröffnung der Angebote beizohnen können.

Calw, den 22. Okt. 1926.

Stadtbauamt: Schöttle.

## Carbolineum

in allen Farben u. Mischungen, weiß, gelb, grau, braun grün, blau u. rot empfiehlt billigst

Karl Frey, Zimmermstr.,  
Hirfauer Weg,  
Fernsprecher Nr. 149.

Junge Frau empfiehlt sich  
im Putzen und Waschen.

Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

... herzerquickend



Kathreiners  
Malzkaffee

Erst nach wochenlanger, sorglicher Sonderbehandlung des Urstoffes gewinnen wir den „echten Kathrein“ in immer gleichbleibender Edelgüte.

Bitte wenden Sie nun auch einige Minuten auf, um ihn richtig, nach der Kathrein-Kochvorschrift, zu kochen. Ein Pfundpaket kostet nur 50 Pf.

## Georgendium Calw.

Dienstag, 26. Oktober 1926, abends 8 Uhr  
im Georgendiumsaal:

## Lichtbildervortrag

von D. F. Mack (Stuttgart) über:

„Eine Reise durch die Vereinigten Staaten von Amerika“.

Mittwoch, 27. Oktober 1926, abends 8 Uhr  
im Georgendiumsaal:

Wiederholung deselben Vortrags in englischer Sprache.

Die verehrliche Einwohnerschaft von Calw und Umgeb. wird zu zahlreichem Besuch der beiden Vorträge eingeladen.  
Der Georgendiumsrat.

Maria Bächlein  
Christian Haindel

Verlobte

Rottweil  
Calw

Böblingen  
Möhlen

Anna Mienhardt  
Friedrich Walker

Verlobte

Ernstmühl

Hirfau

24. Oktober 1926

## „Concordia“

Unsere

## Herbst-Feier

findet am

Sonntag, den 26. Okt.

im Beißchen Saale,

nachmittags 3 1/2 Uhr

statt. Die Mitglieder und deren Kinder werden herzlich eingeladen.

Der Ausschuß.



Für Ihre

## Weihnachts- Reklame

notwendigen Druckerarbeiten  
bestellen Sie bei der

Tagblatt-Buchdruckerei  
Calw, Lederstr. 151, Fernspr. 9

Sie werden finden, daß Sie  
dabei vorteilhaft fahren.

Sonntag, 23. Okt.

Verbands - Spiele

Neuer Sportplatz

Sportclub Pforzheim I. - Calw I.

Sportclub Pforzheim II. - Calw II.

Sportclub Pforzheim A1 - Calw A1

Beginn 1/3 Uhr

Beginn 1/1 Uhr

Beginn 4 Uhr

Mitglieder haben nur gegen Vorweisen der Quittung über bezahltes 3. Quartal ermäßigten Eintritt.